



Pressestatement

Zur drohenden Pleitewelle von Bauunternehmen angesichts explodierender Baustoffpreise sowie zu Gegenmaßnahmen der Bundesregierung bei öffentlichen Aufträgen des Bundes erklärt der Präsident des Sächsischen Handwerkstages, Jörg Dittrich:

4. April 2022

„Dass in der Baubranche Preise für unverzichtbare Baustoffe wie Stahl, Aluminium und Kupfer immer neue Rekordwerte erreichen, hat zu einer dramatischen Situation auch im Bau- und Ausbauhandwerk geführt – nicht zuletzt auch in Sachsen.

Pressekontakt:
Frank Wetzel
Pressesprecher

Eine seriöse Kalkulation von Aufträgen ist Unternehmern des Bau- und Ausbaugewerbes mittlerweile nahezu unmöglich, da Zulieferer wichtiger Baustoffe aktuell nur noch Tagespreise angeben. Verschärft wird die ohnehin prekäre Lage der Unternehmen durch die rasant gestiegenen Spritpreise, zumal Bauunternehmen auf Lastfahrzeuge generell angewiesen sind.

Sächsischer Handwerkstag
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Am Lagerplatz 8
01099 Dresden

Ein Lichtblick ist der Erlass der Bundesregierung zu möglichen Preisgleitklauseln bei öffentlichen Aufträgen des Bundes. Auf diese Weise sollen unkalkulierbar steigende Mehrkosten durch öffentliche Auftraggeber übernommen werden.

Telefon: 0351 4640-510
Telefax: 0351 4640-34510
frank.wetzel@
handwerkstag-sachsen.de
www.handwerkstag-sachsen.de

Eine analoge Regelung zu der des Bundesbauministeriums erwartet der Sächsische Handwerkstag jetzt auch von der Landesregierung für die Landes- und kommunale Ebene im Freistaat. Auch Sachsen sollte im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe Preisgleitklauseln für ausgewählte Produktgruppen zulassen. Aus unserer Sicht wäre dies ein erster Schritt, um Unternehmen in Größenordnungen vor einem Abdriften in die Zahlungsunfähigkeit zu bewahren.“

Hintergrund:

Preisgleitklauseln in Verträgen ermöglichen Unternehmen, unvorhersehbare Einkaufspreissteigerungen für bestimmte Rohstoffe und Materialien zum Teil an den Auftraggeber weiterzugeben. Festgelegt werden derartige Klauseln für bestimmte Stoff- und Produktgruppen, wenn hierfür aufgrund höherer Gewalt nicht kalkulierbare Preisrisiken angenommen werden können.